

Wirkungskette der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung

Inhaltsübersicht

1. Wirkungskettenmechanismus
2. Akteure der Wirkungskette
3. Inhalte
 - 3.1. Inhaltliche Anforderungen
 - 3.2. Dimensionen der Politikberatung
 - 3.2.1. Policy-Beratung
 - 3.2.2. Politics-Beratung
4. Beratungsansätze
 - 4.1. Traditionelle Modelle - Kritik und Weiterentwicklung
 - 4.1.1. Technokratisches Modell
 - 4.1.2. Dezisionistisches Modell
 - 4.1.3. Pragmatisches Modell
 - 4.2. Die Praxis
5. Fazit
6. Literaturverzeichnis

Die Wirkungskette der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung ist ein Prozess (Degepol 2010), in welchem die beteiligten Akteure des Beratungsangebots sowie der Nachfrage in Beziehung zueinander stehen. Die Wirkungskette wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung ist ein komplexes Konstrukt mit verschiedenen Akteuren. Die Wirtschaft mit ihren Bedürfnissen braucht den Staat damit dieser durch Gesetze und Regelungen Rahmenbedingungen schafft in der Unternehmen wirtschaften können. Da die Politik kein Selbstzweck hat, braucht diese Input im Hinblick auf Themen und Bedürfnisse seitens der Wirtschaft. Die Vermittlungsaufgabe übernimmt ein Teil des Beraterkreises. Sofern der Staatsapparat bestimmte Fachgebiete nicht selber umfassen kann, werden weitere Berater für die wissenschaftliche Expertise herangezogen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse unterstützen weitere politische Entscheidungen, aus denen Gesetze und Maßnahmen entstehen.

- Sarah Wanner
- Roman Jernovoi
- Rene Entenmann

Wirkungskettenmechanismus

In der Literatur existieren verschiedene Ansätze, jedoch keine allgemeingültige Beschreibung eines Wirkungskettenmechanismus. Die wichtigsten Akteure einer Wirkungskette sind die Berater, der Staat und die Wirtschaft. Berater bieten ein Beratungsangebot an den Staat und dieser nimmt die Leistung an, um Expertise zu politischen Fragestellungen zu erhalten. Im Beratungsvorgang findet eine Transmission wissenschaftlicher Erkenntnisse in die politische Sphäre statt, wobei dieser Vorgang in drei verschiedene Phasen gegliedert werden kann. In der Eröffnungsphase stellt der Ratsuchende (Staat) sein Problem dar und es werden wechselseitige Erwartungen beiderseits geklärt sowie die Festlegung von Zielen des Beratungsvorganges. Eine Analysephase schließt sich der vorangegangenen an, in welcher eine Deutung des Problems vorgenommen wird. Eine abschließende Phase bildet den Schluss in Form von Empfehlungen und Alternativen, welche vom Berater an den Staat kommuniziert werden (Steiner 2009), woraufhin von staatlicher Seite aus politische Entscheidungen in Form von Gesetzen in die Wirtschaft gelangen sollen (Mause, Heine 2003). Früher oder später werden die daraufhin beschlossenen Gesetze Auswirkungen in der Wirtschaft (bei Unternehmen) nach sich ziehen. Diese Auswirkungen können sowohl positiver als auch negativer Natur sein. Die drei Akteure sind stark miteinander verflochten und stehen in Beziehung zueinander. So hat bspw. der Akteur Berater einen wesentlichen Einfluss auf den Akteur Wirtschaft, obwohl dieser selbst nicht aktiv in Verbindung zur Beratergruppe steht. Andersrum hat auch ausgehend vom Akteur Wirtschaft dieser einen erheblichen Einfluss auf den Akteur Staat. Beispielsweise indem er durch Verbände als Sprachrohr an den Staat herantritt. Die Effekte der Beratung in der Wirtschaft treten meist zeitverzögert auf (Mause, Heine 2003, S. 398), da sogenannte time-lags entstehen. Weiterhin können externe Faktoren auf den Beratung- und Umsetzungsprozess einwirken, sodass beispielsweise Lobbyarbeit, Unterschriftenaktionen, Pressemitteilungen oder etwa Berichterstattungen die Wirkungskette beeinflussen (Schuster 2005, S. 88).

Wirkungskette wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung



Akteure der Wirkungskette

Zu den wichtigsten, am Wirkungskettenprozess beteiligten Akteuren, zählen die Berater, der Staat und die Wirtschaft. Unter ersterem versteht man diverse Experten, die sich vor allem hinsichtlich ihres Leistungsangebotes differenzieren und ein Angebot gegenüber des Staates in Form von Beratungsdienstleistungen offerieren. Dabei kommen rund 90% des Beratungsbudgets des Staates staatlichen Institutionen zu, 10% sind externen Beratungsunternehmen zuzuordnen (Falk, Römmele 2009, S. 66). Obwohl externen Beratern streng genommen die Legitimität der öffentlichen Wahl fehlt, wächst (vermeintlich) deren Einfluss auf die Politik, was zu heftigen Diskussionen in modernen Demokratien führt (Brown, Lentsch, Weingart 2006, S. 8). Andererseits wurden mögliche Handlungsspielräume von Politikern in den vorangegangenen Jahren, verursacht durch die Globalisierung der Gesellschaft, stetig enger, sodass diese vor der herausfordernden Aufgabe stehen, öffentlichkeitswirksame Politik zu betreiben (Brown, Lentsch, Weingart 2006, S. 9). Um einem Vertrauensverlust der Gesellschaft entgegenzuwirken versuchen Politiker ihre Autorität und Vertrauen durch die Zuhilfenahme des Rates von Experten wieder herzustellen (Hennen, Petermann, Scherz 2004, S. 21). Prinzipiell resultiert die Bedeutung einer wissenschaftlichen Politikberatung nicht nur aus einem instrumentellen Wert des Wissens, sondern auch aus der legitimatorischen Funktion des Wissens, wobei wiederum Wissen als eine Quelle der Legitimation von Herrschaft gilt (Brown, Lentsch, Weingart 2006, S. 10). In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass Politikberatung als Solches, viele Formen annehmen kann, beispielsweise die Unterscheidung hinsichtlich der Ziele sowie der Einflussnahme. Der Staat als Nachfrager des Beratungsangebotes strebt hierbei das Ziel der Erkenntnisgewinnung bezüglich einer Sachlage an (Weingart 2009, S. 461). Generell kann Politikberatung sowohl angebotsorientiert als auch nachfrageorientiert sein. Letzteres ist der Fall, wenn beispielsweise Beiräte im Auftrag des Staates eine Beratungsdienstleistung in Anspruch nehmen müssen, um die erforderliche Untersuchung durchführen zu können. Bei einer angebotsorientierten Beratungsleistung wird dagegen die Beratungsdienstleistung am Markt angeboten (Schubert, Bandelow 2003). Dies ist in der gängigen Praxis weniger häufig der Fall, da in der Regel die Beratungsleistung durch ein Ministerium nachgefragt wird. Zur Gruppe des Akteurs Staat zählen die Regierung, die Parlamentarier und die Ministerien (Falk, Römmele 2009, S. 33). Die politischen Implikationen des Staates in Form von Gesetzen und Reformen münden nach Verabschiedung dieser in die Wirtschaft und werden dort von den Letztadressaten (Unternehmen und Bürger) empfangen (Cassel 2004, S. 71).

Berater

Die Politikberatungsanbieter lassen sich in die Gruppen „Politikberatung von innen“, „Politikberatung von außen“, „Political Consulting“, sowie „Kommissionen und Stiftungen“ einteilen. Wobei Kommissionen und Stiftungen eine Sonderrolle zugetragen wird. In der Politikberatung gibt es eine Fülle von verschiedenen Anbietern, dabei tragen die Berater unterschiedliche Funktionen. Die Funktionen richten sich zunächst danach, ob es sich um eine Beratungsleistung von innen oder außen handelt. Die Politikberatung von innen ist eine Beratungsleistung für die jeweiligen Institutionen bzw. Organe im politischen System. Die Berater werden in dem Apparat institutionalisiert und finanziert (Falk 2006, S. 207f.). Die Politikberatung von innen richtet sich vor allem nach dem Informationsmanagement, als Unterstützungsleistung für Spitzenakteure der Politik. Sie ist einem dreistufigen Strategieprozess zuzuordnen. Zunächst der Informations- und Ideengewinnung, darunter fällt eine Problemdefinition, Risikoeinschätzung und eine Lageanalyse. Danach werden die

Informationen und Ideen ausgewertet und zuletzt werden die Informationen interpretiert (Mertes 2006, S. 62ff.). Zudem gibt es die Politikberatung von außen, diese wird durch wissenschaftliche Institutionen und private Anbieter geleistet. Beispiele hierfür sind klassische Beratungshäuser, Verbände und „Non Governmental Organisations“ (NGO's). Diese Akteure sind zumeist nicht marktförmig, das heißt, dass sie ihre Beratung nicht zu kommerziellen Zwecken anbieten. Vielmehr geht es um eine Interessenvertretung, die Vorbereitung politischer Experten oder gezielte kommunikative Beeinflussung der Öffentlichkeit. Zusätzlich zu den Gruppen der inneren und äußeren Politikberatung tritt eine Gruppe von Beratern, welche nicht Institutionen oder Akteure im klassischen Sinne sind, sondern den Prozess begleiten und beraten, sogenannte „Political Consulting“. Diese zählen auch zu der kommunikativ-strategischen Beratung im Bereich des politischen Prozesses bei Wahlkämpfen und Volksabstimmungen sowie der Vermarktung von Sachthemen und der Durchsetzung von Politikempfehlungen über Massenmedien. Beispiele hierfür sind Wahlkampfberater, Lobbyisten und Public Affairs Agenturen. Ihre Aufgaben sind Agenda-Settings, Issue Management oder Image Management, welche als Dienstleistungsangebote einer jungen Agenturszene zu verstehen sind und der strategischen Beratung, dem Marketing sowie Lobbyismus anzusiedeln sind (Falk 2006, S. 173f.). Die klare Funktion der Politikberatung besteht darin, die praktische Politik über neu aufkommende Probleme zu informieren und im Zuge dessen Problemlösungen anzubieten, welche einen praktischen Gehalt haben sollten. Hier tritt der wissenschaftliche Ansatz in den Vordergrund, da die Durchführung in Zeiten von knappen Ressourcen schwieriger ist, als in Zeiten unbegrenzter Ressourcen. Es zählen in diesem Zusammenhang nicht das innerparteiliche Programm, sondern die Legitimität nach außen, bezogen auf die öffentliche Wahrnehmung und im speziellen die Wählerschaft (Eichhorst, Wintermann 2006, S.140 ff.). Zudem müssen die vorgeschlagenen Lösungsvorschläge fundiert und inhaltlich nachvollziehbar sein. Mitglieder von Expertengremien werden direkt durch das parlamentarische System berufen, während unabhängige Stiftungen wie beispielsweise die Bertelsmann Stiftung ihre Agenda selbst bestimmt. Bei den sogenannten Political Consultings sind höchstens kommerzielle Verflechtungen zu verzeichnen, welche sich durch die Nachfrage (z.B. Politische Institutionen) und Anbietern begründen lassen (Dagger 2004, S.98ff.).

Wissenschaftliche Dienste für den Bundestag

Eine Beratungsleistung von innen bilden die wissenschaftlichen Dienste für den Bundestag. Sie sind in zehn Fachbereiche untergliedert und sollen eine Hilfestellung für die Mandatsträger des Bundestages sein. Sie recherchieren und analysieren Informationen und vereinfachen den hohen Informationsfluss im Auftrag der Abgeordneten sowie Gremien und beschränken ihn auf das Wesentliche. Im Mittelpunkt steht das Transferieren von Fachwissen in einen politischen und gesellschaftlichen Kontext (Deutscher Bundestag, 13.01.2014).

Kommissionen der Bundesregierung

Eine weitere Politikberatung von innen bilden die Kommissionen der Bundesregierung. Eine Kommission ist ein vorübergehend eingesetztes Gremium, welchem Verantwortung für eine spezifische Aufgabe übertragen wird. Ihr Auftrag ist bei einer konkreten oder weniger konkreten Fragestellung, eine adäquate Lösung zu finden und damit beratend Stellung zu nehmen. Zu den Experten gehören neben den wissenschaftlichen Sachverständigen auch Vertreter von Interessengruppen. (Siefken 2003, S. 438ff.).

"Die zweite Reihe im Zentrum der Macht"

Bedeutend sind auch die Fraktionsreferenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter in Abgeordneten Büros, die sogenannte „zweite Reihe im Zentrum der Macht“. Diese arbeiten eng mit den gewählten Volksvertretern zusammen. Die politische Entscheidungsfindung geht in erster Linie von den Volksvertretern aus, jedoch ist der Einfluss der politischen Mitarbeit sehr hoch. Am Beispiel einer Fraktions- oder Ausschusssitzung wird dieses besonders klar. Die Fraktionsreferenten sitzen direkt hinter den Volksvertretern und können schnelle Hilfestellungen geben in Bezug auf konkrete Fragestellungen. Sie bilden daher einen wichtigen Teil der Politikberatung von innen (Falk 2006, S. 228ff.).

Der Wissenschaftsrat

Eine weitere Größe der internen Beratung der Regierung stellt der Wissenschaftsrat dar. Es ist eines der wichtigsten wissenschaftlichen Beratungsgremien in Deutschland. Zu seinen Aufgaben zählen z.B. die Entwicklung der Wissenschaft, der Forschung und des Hochschulbereichs. Diese Aufgaben tragen dazu bei, dass Deutschland konkurrenzfähig im internationalen Vergleich bleibt. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats richten sich in Bezug auf die Regierung vor allem an Fragen des Wissenschaftssystems, worunter die Planung, Bewertung und Steuerung einzelner Bereiche und Fachgebiete fällt (WR, 14.01.2014).

Think Tanks

Unter dem Begriff „Think Tank“ versteht man sogenannte Denkfabriken. Darunter ist eine Vielzahl von Instituten zu verstehen. Die der Think Tanks zugrunde liegende Definition ist allerdings noch nicht wissenschaftlich fundiert. Ein „Think Tank“ ist beispielsweise der Wissenschaftsrat, welcher einen Prototyp sogenannter Denkschmieden darstellt. Einige weitere Institutionen sind eher der Politikberatung von außen zuzuordnen (Falk 2006, S.250).

Verbände und Parteien

Verbände und Parteien sind der Gruppe der externen Politikberatung zuzuordnen und unterscheiden sich gegenseitig dadurch, dass erstere nicht zur Wahl aufgestellt werden, sondern ein sogenanntes Sprachrohr diverser Zusammenschlüsse und Gruppen mit gleicher Interessenverfolgung sind. Dabei versuchen Verbände ihre Interessen im politischen Geschehen durchzusetzen (Fraenkel 1968, S.40ff.).

Stiftungen

Stiftungen entstehen durch Zuwendungen für bestimmte, oft wohltätige Zwecke. Eine Stiftung hat keine Mitglieder. Es wird ein Stiftungsrat eingesetzt, der die Vermögenswerte und Aufgaben reguliert. (Gabler Wirtschaftslexikon, 15.01.2014). Die Aufgaben einer Stiftung ergeben sich aus einer selbst definierten Satzung. Der Aktionsradius bestimmt dann, welche Beratungstätigkeit sie ausführt. Das Tätigkeitsfeld bezieht sich zumeist auf politische

Inhalte, also Policyanalysen. Aber auch Politics, im speziellen Prozess- und Verfahrensebenen (Falk 2006, S.278).

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation

Eine weitere Gruppe bildet der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Sein Aufgabenbereich bezieht sich, wie der Wortlaut zeigt, auf die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen. Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen. Der Sachverständigenrat ist unabhängig, da er keiner Körperschaft des Bundes oder einer Institution angehören darf (§ 1-3 GBSVR).

Public Affairs

Public Affairs sind den Political Consultings zuzuordnen. Es gibt verschiedene Definitionen von „Public Affairs“. Die gängigste ist aber, dass Public Affairs das strategische Management zur Beeinflussung von Entscheidungsprozessen ist. Im Fokus stehen hier die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, dessen Instrumente wissenschaftliche Analysen, Themen- und Wissensmanagement, Lobbying, Public Relations, politische Kommunikation und Werbung sind. Die zwei wichtigsten Ziele sind zum einen die Verbesserung des allgemeinen wirtschaftlichen Klimas durch Beeinflussung der Politik und Öffentlichkeit und zum anderen die Begrenzung negativer Auswirkungen in die Politik und Öffentlichkeit (Dagger 2004, S.55ff.).

Die Medien

Eine weitere Gruppe, welche im Bezug der Politberatung auftritt, sind die Medien. Das klassische Gewaltmonopol geht nicht mehr nur von der Judikative, Exekutive und Legislative aus, sondern auch von den Medien. Medien werden zu politischen Kampagnenmachern. Politische Entscheidungen werden an die Öffentlichkeit kommuniziert und das öffentliche Bild nimmt entsprechend verstärkt am politischen Geschehen teil (Leif 2006, S.100).

Lobbyisten

Das Kerngeschäft des Lobbyismus ist die Informationsvermittlung, welche auf einer großen sachlichen Kompetenz basiert und sich in den letzten Jahrzehnten stetig professionalisiert hat. Jedoch bleibt in Deutschland eine große Unsicherheit wie der Lobbyismus zu deuten ist. Im Raum steht, dass dadurch nur bestimmte Gesellschaftsgruppen oder Unternehmen gefördert werden und diese zu ihrem Machtgewinn auf korrupte Verhaltensweisen zurückgreifen (Leif 2003, S.144).

Praxisbox *Wissenschaftlicher Anspruch der Berater*

Alle beratende Akteure spielen zwar eine wichtige Rolle innerhalb der Wirkungskette, jedoch sind diese im Hinblick auf den wirtschaftswissenschaftlichen Aspekt differenziert zu betrachten. Verbände, Kammern und Lobbyisten sind in erster Linie Interessenvertreter bestimmter wirtschaftlicher Akteure. Lobbyisten vertreten die Interessen ihrer Auftraggeber sowie Verbände und Kammern die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Verbände und Kammern verstehen sich auch als Sprachrohr und Anwalt der KMU. In diesem Zusammenhang sind diese Akteure zwar ein signifikanter Impuls- und Themengeber, jedoch nicht als „wirtschaftswissenschaftliche“ Berater zu verstehen. Denn ihre Kernleistung liegt darin, die Interessen ihrer Auftraggeber an die Politik heranzutragen und zu vertreten.

(Quellen: *Regierungsnaher Vertreter aus der Politik, Kammer auf regionaler Ebene*)

Die wirtschaftswissenschaftliche Beratung im engeren Sinne beginnt dann, wenn das Know-how innerhalb staatlicher Einrichtungen an ihre Grenzen stößt und der aktuelle Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht ausreicht, um bestimmte Probleme zu lösen. In diesem Fall werden zu gegebenen Themen Forschungsaufträge an wissenschaftliche Einrichtungen vergeben. Diese erarbeiten dann ein Gutachten auf Grundlage empirischer Forschung. Diese Art der Beratung ist ungebunden von Interessen bestimmter Gruppen und ermöglicht dadurch eine neutrale Einschätzung der Lage.

(Quelle: *Regierungsnaher Vertreter aus der Politik*)

Staat

Regierungsmitglieder, Parlamentarier und Ministerien bilden die Gruppe der Beratungsnachfrage (Weingart 2009, S. 461). Der Politiker als Parlamentarier ist demnach der von den Bürgern demokratisch gewählte Vertreter seiner persönlichen Interessen und Bedürfnisse einer Legislaturperiode. Überträgt man diese klassische Principal-Agent-Beziehung auf Unternehmer, so ist dies ein Weg, um Belange, beispielsweise des sich in eigenem Besitz befindlichen Mittelstandsunternehmens, geltend zu machen und auf die Regierung durch Abgabe einer Stimme Einfluss zu nehmen (Leschke, Pies 2005, S. 32 ff.) Die Gruppe der Beratungsnachfrage ist auf die Einschätzung zu Problematiken oder zur Gewinnung eines Überblicks komplexer Thematiken oft auf fachliche Expertise angewiesen und treffen auf Grundlage einer Reihe aus Optionen Entscheidungen. Häufig sind auch die Erwartungen an den Rat unterschiedlich seitens der Auftraggeber, sodass kein eindeutiger Rat erwartet wird, sondern lediglich ein Überblick über die derzeitige Forschungslage bestimmter Sachverhalte verlangt wird (Weingart 2009, S. 461). Generell wird diesbezüglich gefordert, dass Beratungsergebnisse sowie die Kriterien zur Auswahl von Experten, veröffentlicht werden sollen und darüber hinaus die Beratungsfunktion, um der allgemeinen Forderung nach Unabhängigkeit im Beratungsprozess gerecht zu werden, eines Experten zeitlich zu befristen (Andersen, Woyke 2013).

Wirtschaft

Beim diesem Akteur der Wirkungskette findet eine Transformation vom bisherigen volkswirtschaftlichen Input zu gesellschaftlichem Output statt. Das Resultat des zu Beginn des Prozesses stattfindenden Beratungsvorgangs mündet an dieser Stelle in die Gesamtwirtschaft und äußert sich beispielsweise durch eine steigende Wirtschaftskraft und/oder Wohlfahrt (Mause, Heine 2003, S. 398). Jedoch ist es generell aufgrund komplexer sozio-ökonomischer Systeme und des häufig vorkommenden indirekten Zusammenhangs zwischen einer Beratungsleistung und der Veränderung ökonomischer Variablen sehr schwierig, einen daraus resultierenden Erfolg zu messen. Auch gestaltet es sich schwierig einen erfolgreichen Beratungsvorgang bei KMU aufschlussreich zu ermitteln, da trotz einer hohen Anzahl dieser Unternehmen in Deutschland (nahezu 99%, KfW Bankengruppe 2005) eventuell spezifische, die Branche oder das Produkt betreffende Interessen (Nischenprodukte), nicht genügend Relevanz aus Sicht der Regierung darstellen und für KMU kaum mächtige Stiftungen existieren, (im Vergleich zu großen Stiftungen wie beispielsweise die Robert-Bosch-Stiftung), welche die Angelegenheiten von KMU auf politischer Ebene durchsetzen können. Diese Problematik lässt sich anhand des Phänomens der großen Zahlen erklären. Die Repräsentation individueller Interessen der Bürger (Unternehmer die als Bürger auftreten) wird durch die Tatsache reduziert, dass sehr viele Bürger einen Politiker zur Interessenvertretung bestimmen (Leschke, Pies 2005, S. 32). In der Literatur ist der Umsetzungsgrad ein häufig diskutierter Ansatz zur Messung der Beratungsleistung im politischen Prozess, welcher ein Indikator für den Erfolg wirtschaftlicher Politikberatung ist (Cassel 2004, S. 69). Der Einfluss öffentlicher Meinungsbildung als weiteres Kriterium im Prozess der Messbarkeit von Beratungen wird ebenfalls kontrovers diskutiert und scheitert in der Praxis oft am Problem der Messbarkeit selbst (Cassel 2004, S. 73).

Praxisbox *Aussagen zu der Rolle von KMU*

Regierungsnaher Vertreter aus der Politik:

- In Deutschland haben wir eine große Verband- und Kammerlandschaft, die sich als Anwalt und Sprachrohr des Mittelstands versteht. Darüber hinaus "hat das Ministerium auch im Haus eine parlamentarische Staatssekretärin die den Titel Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung innehat. So dass für die Politik durchaus Ansprechpartner und Anlaufstellen verfügbar sind."

Kammer auf regionaler Ebene:

- Es entsteht der Eindruck, dass Gesetze Vorwiegend für Großkonzerne gemacht werden. Man findet zwar Erleichterungen für KMU, grundsätzlich gelten aber für alle die gleichen Regelungen. Die Frage ob KMUs bestimmte Regelungen ohne weiteres umsetzen können scheint sich in der Politik nicht zu stellen. Erst bei Problemen wird für KMU nachgesteuert und angepasst.
-
-

Inhalte

Inhaltliche Anforderungen

Politikberatung hat im Allgemeinen zum Ziel, bisherige Sichtweisen zu bestimmten Themen aufzugreifen, zu überarbeiten oder an bisherige anzuknüpfen, um damit einen politischen Lernprozess mit inhaltlicher Unterstützung zu generieren. Zu den wichtigsten Anforderungen, welche die Inhalte wissenschaftlicher Politikberatung mit sich ziehen muss, zählt das Vorhandensein einer gewissen politischen Wichtigkeit und einer anschlussfähigen Formulierung d.h. es besteht eine große Bedeutung der Sache, die politisch durchgesetzt werden soll. Daran schließt sich auch die Anforderung, dass die Inhalte einen Grundkonsens im Sinne eines kollektiven Legitimitätsglaubens, (Schliesky 2007, S. 636) darstellen müssen und ein angemessenes großes Ausmaß an Konkretisierung aufweisen müssen (Leschke, Pies 2005, S. 385 ff.). Weiterhin wird eine Nachprüfbarkeit sowie Effizienz der Prozesse, welche im Kontext der Beratung vollzogen werden, vorausgesetzt (Degepol 2010).

Dimensionen der Politikberatung

Zwei gängige Dimensionen der Politikberatung spiegeln sich in den Begriffen der Politics- und Policy-Beratung wider. Dabei muss Politikberatung sowohl politische Aspekte beachten, als auch die fachwissenschaftliche Erkenntnis, das Kommunikations- oder Marketingelement in Betracht ziehen und dieses miteinander verbinden (Althaus, Meier 2004). In der Literatur wird im Rahmen der Politikberatung eine analytische Unterscheidung der Politics- und Policy-Beratung vorgenommen, um die Vielfältig- aber auch Verschiedenheit des Berater-Begriffs zu verdeutlichen. Da jedem gestaltenden Schritt, der in einer Demokratie vorgenommen wird, ein mehrheitsbeschaffener Prozess vorangehen muss, liegt es nahe, dass im Bereich der Politikberatung zwei Dimensionen betrachtet werden müssen. Zum einen die Policy-Beratung, welche Theorien und Strategien zur Lösung eines Problems aufzeigt (Inhaltsorientiert), zum anderen die Politics-Beratung, welche die Umsetzungskomponente darstellt (prozessorientiert) (Adolf-Arndt-Kreis 2010).

Policy-Beratung

Vor dem Hintergrund diverser Veränderungen im politischen System, stetig komplexeren Entscheidungsstrukturen sowie medialen Umwälzungsprozessen, steht die wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung vor neuen Herausforderungen. Der zunehmende Bedarf an wissenschaftlicher Beratung für den Staat beruht nicht zuletzt auf der Tatsache, dass heutzutage politische Entscheidungen häufig komplexe Themenschwerpunkte aufweisen, welche überwiegend und in den meisten Fällen nur von Experten aufzuschlüsseln sind. Deren Aufgabe besteht dabei, eine stabile Basis auf Grundlage von theoretischen Gutachten zu bilden, auf welchen eine spätere praktische Umsetzung erfolgen kann. Typische Akteure der Policy-Beratung sind beispielsweise Think Tanks, Wissenschaftler oder Forschungsinstitute, die auf Nachfrage des Staates Gutachten ausarbeiten oder zu einem spezifischen Themenschwerpunkt beraten. Es sind dieser Aussage zufolge Berater im Policy Bereich, die sich um die Inhalte kümmern (abgeleitet aus dem angelsächsischen Sprachgebrauch der „policy-advisor“) (Dagger et al. 2004, S. 40). In der Regel wird die Dienstleistung von privaten- und staatlichen Organisationen nachgefragt. Meist werden im Zuge dessen Ergebnisse (oft in Form von Berichten) nicht der Öffentlichkeit präsentiert oder zur Verfügung gestellt. So kann das Tätigkeitsfeld der Politikfeldberatung dem Bereich „Policy“

zugeschrieben werden (Falk, Römmele 2009, S. 29 f.). Politikfeldberatung kann wissenschaftlich oder kommerziell ausgeübt werden. Zur wissenschaftlichen Politikfeldberatung zählen beispielsweise die Arbeit des Sachverständigenrates oder Enquetekommissionen, während eine kommerzielle Politikfeldberatung durch Unternehmensberater in Form von Empfehlungen (öffentliche Verwaltungen) stattfindet (Dahme, Wohlfahrt 2010, S. 23). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Politikfeldberatung, die dem Bereich „Policy“ zuzuordnen ist, die strategische Beratung, unter Anwendung der Instrumente wissenschaftlicher Politikfeldanalysen, von Organisationen in Bezug auf Themenschwerpunkte ist und das Ziel einer Langfristigkeit des inhaltlichen Beschlusses verfolgt (Falk, Römmele 2009, S. 30).

Politics-Beratung

Neben der Policy-Beratung stellt die Politics-Beratung eine weitere wichtige Rolle im Kontext wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung dar. Zwar werden durch die bereits aufgeführten Policy-Beratungsfelder Strategien und Theorien eines Sachverhaltes theoretisch entwickelt und fundiert, jedoch erfolgt keine konkrete Vermittlung dieser Sachverhalte. Politics-Beratung umfasst in diesem Zusammenhang weiterhin die Verhandlung und Organisation von Mehrheiten und Interessen. Die Politics-Beratung setzt hier an und vollzieht Politikmanagement (Dagger et al. 2004, S. 39) durch kommunikativ-strategische Beratung (political consulting). Im Zuge des „Governance-Konzeptes“, welches die Bedeutung von Verhandlungen für eine Umsetzung der Politik im kollektiven Interesse bekräftigt, und einer horizontalen Akteurs-Verflechtung, gewinnt Politics-Beratung erheblich an Bedeutung. Es steigt die Erfordernis nach prozessorientierter Beratung, die jedoch auch neue Herausforderungen mit sich bringt (Falk, Römmele 2009, S. 23). Die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung (2010) ordnet in der Praxis Kampagnenwerbung (Vermittlung politischer Informationen an ausgewählte Zielgruppen) und das Instrument „Public Affairs“ (das strategische Managen von Entscheidungsprozessen im Kontext von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft), der Dimension „Politics“ zu.

Beratungsansätze

Im Zuge der Politikberatung wird das Ziel verfolgt einen wissenschaftlichen Sachverstand in den politischen Prozess einzubinden. Die Sachverständigen Akteure können dabei aus verschiedenen Ebenen der gesellschaftlichen Organisationsstruktur stammen, wie z.B. dem Parlament, der Administration, den Interessenverbänden oder der Wissenschaft. Wissenschaftliche Politikberatung setzt voraus, dass die Beratenden wissenschaftliche Methoden und Denkweisen verfolgen. Diese sind institutionalisiert und beschäftigen hauptberufliche Forscher, die aufgrund ihrer Erkenntnisse politische Entscheidungsträger beraten. Dabei kann man das Aufeinandertreffen zweier Welten beobachten, die immer mehr ineinander greifen, dabei aber verschiedene „Weltanschauungen“ bzw. Arbeitsgrundsätze verfolgen. Ferner unterscheiden sich deren Mitglieder signifikant durch unterschiedliche Rollenbilder und Verhaltensantizipationen. Lompe (2006, S.25) vermerkt „ das politische Handlungssystem in seiner demokratisch pluralistischen Form durch Begriffe wie Konflikt, Interesse, Macht, Konsens und letztlich Mehrheitsentscheidung gekennzeichnet ist“, während sich „das Wissenschaftssystem vor allem auf Erkenntnisfortschritt“ und die Suche nach der Wahrheit stützt (Lompe 2006). Seit den 1960er Jahren besteht eine Grundsatzdiskussion über die Beziehung zwischen Politik und Wissenschaft, die sich um die Fragen dreht, ob Berater politische Macht besitzen, sich die gesellschaftliche Praxis verwissenschaftlichen lässt oder ob Wissenschaft durch die beratende Tätigkeit politisiert wird. Prägend für die empirisch-

theoretische Debatte sind Antworten auf die Fragen, ob Wissenschaft die Politik beraten kann, ob sie es soll, welcher Art darf der Ratschlag sein und wie sollte ein Beratungsprozess organisiert werden. Während die Diskussion sowie die reale Praxis die Notwendigkeit weitgehend bestätigen, bleibt die Frage nach der Art und Weise weiterhin umstritten (Lompe 2006). Um die Diskussion näher zu beleuchten werden im Folgenden die traditionellen Modelle wissenschaftlicher Politikberatung sowie ihre Kritik und Weiterentwicklung betrachtet.

Traditionelle Modelle - Kritik und Weiterentwicklung

Unter Berücksichtigung der verschiedenen Weltanschauungen der Wissenschafts- und Politikwelt, führte die Debatte zu der Entwicklung unterschiedlicher Politikberatungsmodelle. Das dezisionistische, das technokratische und das pragmatische Modell bilden die Grundmodelle (Habermas 1963) deren Dimensionen die Diskussion über die Relation zwischen Wissenschaft und Politik bestimmten (Cassel 2004). Im realen Tagesgeschäft ist die Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft unvermeidbar, da beide im gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis stehen. Folglich entsteht der Bedarf nach Abgrenzung und Zuordnung beider Bereiche. Die Modelle liefern Elemente der Beschreibung von der Kommunikation sowie der Wunschbeziehung zwischen den Akteuren. Ferner unterstreichen sie neben den verschiedenen Politikauffassungen auch die zu Grunde liegende Konfliktstruktur der Gesellschaft. Das technokratische und das dezisionistische Modell sind linear konzipiert und zeigen die Extreme der Spannungsfelder zwischen Politik und Wissenschaft. Der pragmatische Ansatz sucht den Mittelweg zwischen den Extremen.

Technokratisches Modell

Das technokratische Modell zeichnet eine Welt, in der Wissenschaft und Technik deutlich über der Politik stehen. Die Entwicklung einer technisch-wissenschaftlichen Umwelt zeichnet sich dadurch aus, dass der ursprüngliche Naturzwang durch technologische Sachzwänge abgelöst wird. Funktionen und Entwicklung der Gesellschaft sind wissenschaftlich fundiert und werden ausschließlich von ihr vorangetrieben. Die Zivilisation hängt davon ab, dass Wissenschaft und Technik funktionieren (Lompe 2006). Bei diesem Konstrukt werden jegliche politische Normen und Gesetze durch Sachgesetzlichkeiten, „die nicht als politische Entscheidungen setzbar und als Gesinnungs- und Weltanschauungsnormen verstehbar sind“ (Schelsky 1965, S. 453), ersetzt. Der politische Apparat entwickelt sich zunehmend zum Vollzugsorgan der Wissenschaft, die anhand der wissenschaftlich-technischen Entwicklung die Marschrichtung vorgibt. Durch konvergierende Ergebnisse des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts wird der Spielraum für ideologisch-politische Entscheidungen zunehmend eingeengt (Lompe 2006). Für eine optimal entwickelte Welt würde das bedeuten, dass verschiedene Fachleute bei der Bearbeitung eines Problems unabhängig voneinander zu einer identischen Lösung kommen müssen. Das bedeutet, je entwickelter die Welt ist, desto weniger Spielraum haben Politiker bei ihren Entscheidungen (Schelsky 1965, S. 458). Folglich bleibt dem Politiker nur noch die Option der sachlich richtigen Entscheidung. Die Politik wird gefangen in Sachzwänge und verbleibt als Exekutive des, von der Wissenschaft für notwendig erklärten, technischen Fortschritts. Dabei wird auch die Sinnfrage nach dem Wesen des Staates unterwandert. Darüber hinaus bleibt kein Raum für „Politik im Sinne der Normativen Willensbildung (...), sie sinkt auf den Rang eines Hilfsmittels für die Unvollkommenheit des technischen Staates“ (Lompe 2006, S. 27). Die wissenschaftlich-technisch fundierte Argumentation setzt sich ideologieunabhängig durch und umgeht die Entscheidungsebenen, welche bei ideologisch fundierten Entscheidungen nötig sind.

Dezisionistisches Modell

Das dezisionistische Modell fordert eine klare Abgrenzung der Bereiche Politik und Wissenschaft. Dabei sind die Kompetenzen der einzelnen Systeme klar definiert. Die Wissenschaft versorgt die Politik mit wertfreien Forschungsergebnissen und technischem Know-how. Die Politiker werten die Informationen aus und treffen die Entscheidungen. In diesem Prozess sind Politiker die einzigen Wertenden, Interpretierenden und Folgernden. Die Wissenschaft und Forschung finden sich in einem Auftragsverhältnis wieder, bei dem sie der Politik tendenziell untergeordnet erscheinen. Aus dem Blickwinkel der Wissenschaftsauffassung kommt das dezisionistische Modell der Wissenschaftslehre des Neopositivismus sehr nahe (Lompe 1972, S. 43 ff.). Diese schreibt der Wissenschaft nur die Aufgabe zu, das Verhalten von Gegenständen in Ihrem Objektbereich zu beschreiben, zu erklären und zu prognostizieren. Für die Politikberatung ist das Element der Prognose ein wesentlicher Punkt. Dabei bilden wissenschaftliche Theorien und Erkenntnisse die Arbeitsgrundlage für eine Vorhersage. Ferner orientiert sich das Modell am Ideal einer wertfreien Wissenschaft und unterstellt, dass nur der Politiker die Kompetenz zum Werten hat, während die Wissenschaft lediglich einer effizienteren Zielerreichung zu Gute kommt (Lompe 2006). Die Legitimität des technokratischen Modells wird in der Literatur hinterfragt und auch die wissenschaftlichen Voraussetzungen sind nicht frei von Kritik (Habermas 1963, Lompe 1972). Es ist jedoch unverkennbar, dass die moderne Zivilisation wissenschaftlich-technisch geprägt ist und dabei zahlreichen Sachzwängen unterliegt. Diese Sachzwänge erwachsen zwar aus positiven ideologischen Konstrukten wie z.B. der Sozialstaat und die Demokratie, werden aber zwingend, da sie durch die Zivilisationsstruktur vorgegeben sind und bei Verletzung die Konsequenz einer Systemgefährdung nach sich ziehen würden. Abgesehen der Tatsache, dass die Sachgesetzmäßigkeiten auf fundamentalen Pfeilern des Gesellschaftssystems fußen, bilden diese keine politischen Ziele, sondern nur die Handlungsbedingungen. Sobald die Wissenschaft bestimmte Handlungen als undurchführbar bewiesen hat, wird die Politik in Ihrer Kreativität eingeschränkt, während bei positiven Erkenntnissen der Spielraum erweitert wird. Trotz der Bindung an den wissenschaftlich-technologischen Fortschritt bleibt eine exakte Formel des richtigen Handelns aus. Die Wissenschaft zeigt nur den Stand der Forschung, sodass was heute als richtig gilt, morgen bereits obsolet sein kann. Für die Politik bedeutet das eine zunehmend schwerer werdende Entscheidungsfindung, da sich die Forschung in verschiedene Richtungen entwickeln kann und demnach auch die in der Praxis erstellten Gutachten (Falk 2009) miteinander konkurrieren können. Infolgedessen entsteht eine Demokratisierung des Expertenwissens und steigert die Legitimität des wissenschaftlichen Einflusses in der Politik, während auf der anderen Seite die Wissenschaft politisiert wird (Rebe 1991, Weingart 2001). Die scharfe Trennung zwischen den Funktionen der Politiker und ihrer Berater führt im dezisionistischen Modell dazu, dass die Wissenschaft zum Dienstleistungsgewerbe der Politik wird. Diese findet sich in der Position, je nach verfolgter Ideologie, die passenden Erkenntnisse aussuchen zu können. Eine solche Art der Zusammenarbeit führt zu einer Realität der Mittelwahl und zu der Abwesenheit von Rationalität in der Beziehung zu Werten, Zielen und Bedürfnissen (Habermas 1963). Ferner wird im Modell davon ausgegangen, dass die Berater rein wissenschaftlich und uneigennützig agieren. Mit Blick auf die Auftragsforschung erscheint das Konzept jedoch wenig glaubwürdig. Durch das normativ geprägte politische Tagesgeschäft wird auch die Fakteninterpretation von der Norm beeinflusst (Cassel 2004 S.18, Weingart 2001 S.146 ff.).

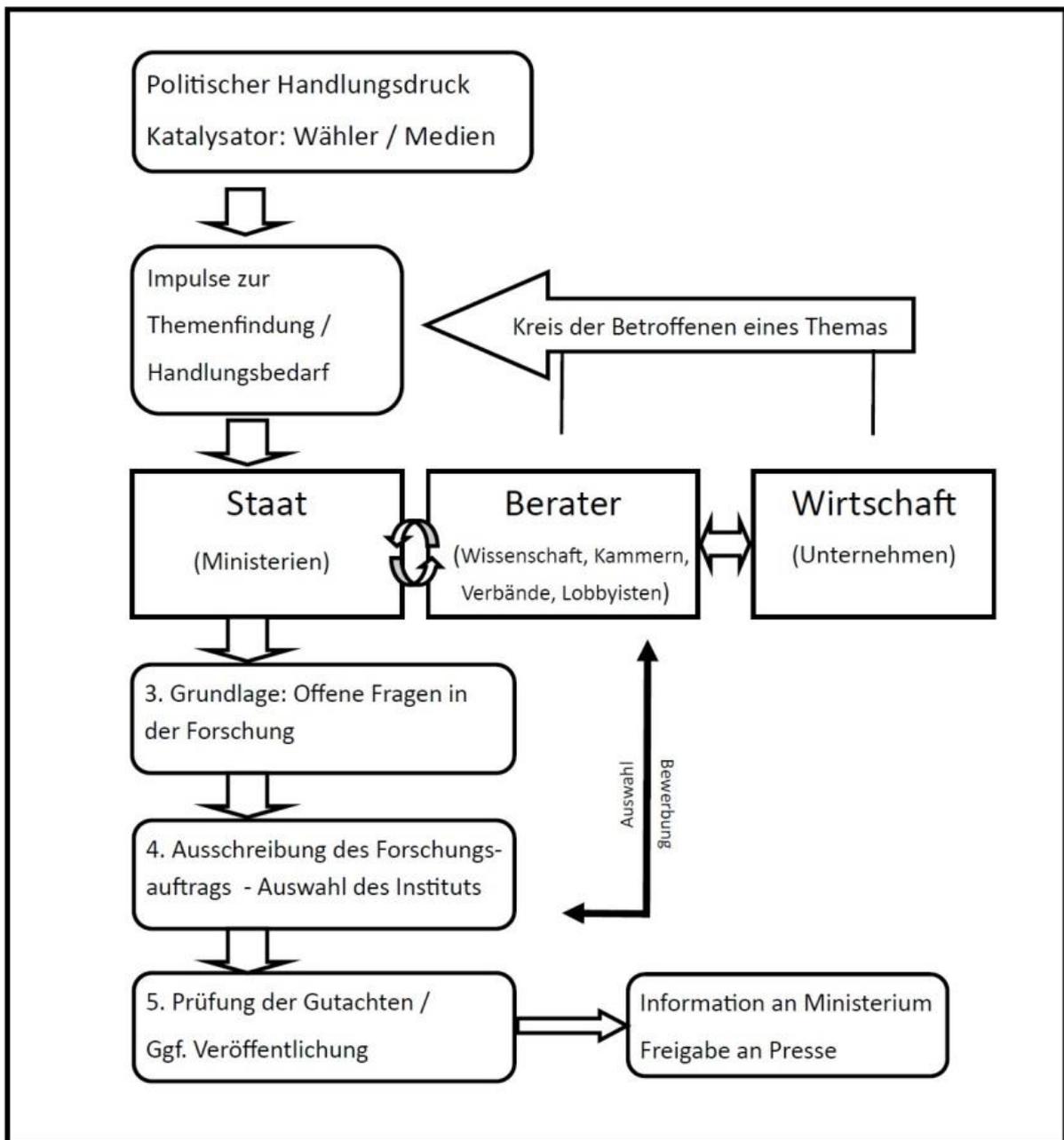
Pragmatisches Modell

Aus der Geschichte weiß man, dass wissenschaftliche Politikberatung nicht als lineares Konstrukt mit einseitigem Informationsfluss zwischen Politik und Wissenschaft funktioniert, sondern als permanente Kommunikations- und Austauschbeziehung mit Rückkopplungsmechanismen und wechselseitiger Abhängigkeit. Diese Grundidee findet sich im pragmatischen Modell wieder (Habermas 1963, Lompe 1972). Aufgrund wechselseitiger Abhängigkeit wird eine Trennung der Funktionen kaum realisierbar. Stattdessen treten Politiker und Berater in ein kritisches Wechselverhältnis, in dem politische Ziele und Werte mit empirischem Sachverständnis in wissenschaftlicher Diskussion stehen. Auf diesem Weg können beide Parteien sich gegenseitig weiterentwickeln. Die Politik bekommt wissenschaftlichen Input, während sie den Beratern praxisrelevante Aufträge vergeben kann. Die Wissenschaftler könne dadurch auf Konzeption, Ausarbeitung und Interpretation von Maßnahmen sowie Handlungsalternativen und ihrer Umsetzungsstrategien Einfluss nehmen. Das Modell versucht die institutionellen Differenzen der Beratung zu lösen. Es fußt auf langfristiger Kooperation und Wechselwirkung zwischen Berater, Politik und Öffentlichkeit. Alle Beteiligten sollen voneinander lernen und sich gemeinsam entwickeln, wodurch die Legitimation gestützt wird. Für eine effektive Zusammenarbeit sind die Akteure angehalten die Arbeits- und Denkweise des Gegenübers nachzuvollziehen, um einerseits die Fragen verständlich zu stellen und andererseits für den Anderen verwertbare Antworten zu formulieren. So beginnt jede Beratung mit einem Übersetzungsproblem, dass die sprachliche Ebene übersteigt (Beckerath et. Al. 1963).

Die Praxis

Die Praxis der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung hat sich über die Jahre zunehmend geändert. Es treten neue Akteure auf den Markt und auch die Beratungsansätze erfahren einen Wandel. Der Trend in Richtung professioneller Politikberater, wie sie im angelsächsischen Raum vertreten sind, ist deutlich erkennbar. Im Vergleich zu den siebziger Jahren rückt heutzutage aufgrund der Globalisierung und einer zunehmend komplexer werdenden Umwelt, Politics-Beratung zunehmend in den Fokus. Demzufolge ist es wichtig nicht nur über Inhalte zu beraten, sondern auch eine kommunikativ strategisch sowie langfristig orientierte Vermittlung dieser zu erzielen. Während früher die Beratung nur von Vertrauten einiger Politiker durchgeführt wurde, so findet man heute zunehmend auch private Consulting Agenturen auf dem Beratermarkt. Abhängig von dem zu beratenden Themengebiet lassen sich unterschiedlich starke Tendenzen zu den verschiedenen Ansätzen beobachten. Wenn es darum geht, neue Systeme einzuführen und die Umsetzung zu gewährleisten, so ist die Beratung eher technokratisch geprägt, da dort die Kompetenz bei den sachverständigen Beratern liegt. Bei allgemeinen Forschungsaufträgen findet sich eher das dezisionistische Modell, da dort die Wertungskompetenz weitestgehend in den Händen der Politiker verbleibt. In keinem der aufgeführten Beispiele ist ein einzelnes Modell in seiner reinen Form identifizierbar. Vielmehr findet man auf einen konkreten Fall bezogen mehrere Aspekte der bekannten Modelle wieder. Darüber hinaus lassen sich überall Merkmale des pragmatischen Modells beobachten, da dieses die Kommunikation zwischen den Akteuren unterstützt (Falk 2009).

Praxisbox Praktische Wirkungskette



Die Grafik zeigt eine Wirkungskette, welche aus verschiedenen Interviews mit Vertretern aus der Praxis (Regierungsnaher Vertreter aus der Politik und eine Kammer auf regionaler Ebene) abgeleitet wurde. Im Zentrum des Modells stehen der Staat, die Berater und die Wirtschaft. Der Staat sieht sich im Auftrag eine Umwelt zu schaffen, in der Unternehmen bestmöglich wirtschaften können. Um das zu gewährleisten arbeiten alle Akteure auf verschiedenen Ebenen zusammen.

Im oberen Teil der Grafik findet man den interessengebundenen und themenschaffenden Prozess. Der Kreis der Betroffenen besteht aus der Wirtschaft sowie Kammern, Verbänden und Lobbyisten, die im Interesse der Unternehmen agieren. Dieser kommuniziert die Bedürfnisse der Wirtschaft und ist damit wichtiger Impulsgeber für die Themenfindung in der Politik. Im Hinblick auf KMU werden Kammern und Verbände auch als Sprachrohr und Anwalt des Mittelstandes gesehen. Im Hinblick auf einen eventuellen politischen

Handlungsdruck stellen die Wähler und die Medien ein Katalysator dar. Je größer das mediale Interesse an einem bestimmten Thema ist, desto größer ist der Handlungsdruck in der Politik.

Wird ein Thema bearbeitet, so prüft das zuständige Ministerium inwieweit das Problem durch interne Experten gelöst werden kann. Dabei wird auf bestehende wissenschaftliche Erkenntnisse, sowie Erfahrungen aus Politik und Wirtschaft zurückgegriffen. Reicht diese Expertise nicht aus, wird der in der Grafik unten dargestellte "wissenschaftliche Prozess" aktiviert. Auf Grundlage der offenen Fragen werden Forschungsaufträge ausgeschrieben. Forschungseinrichtungen haben dann die Möglichkeit ihr Interesse an diesen Themen zu bekunden. Nach engerer Auswahl durch das Ministerium können Institute ein Bewerbungsverfahren durchlaufen und den Zuschlag für den Forschungsauftrag bekommen. Ist der Auftrag erteilt, werden bei einem Kick-off-Meeting Einzelheiten bezüglich der Forschung festgelegt. Im Verlauf des Forschungszeitraums werden Zwischenberichte abgegeben und Anpassungen vorgenommen. Schließlich werden bei der Abschlusspräsentation die Ergebnisse den betreffenden Stakeholdern vorgestellt und das Gutachten veröffentlicht.

Die Publikation eines Gutachtens ist nicht verpflichtend. Zurückgehaltene Forschungsergebnisse finden jedoch trotzdem den Weg in die Öffentlichkeit und ernten in der Regel mehr Aufmerksamkeit als regulär publizierte Ergebnisse. Dieses kann aber auch als Instrument genutzt werden, um für ein Thema Aufsehen zu erregen.

Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik ist ein gegenseitiger Austausch und ein tiefes Verständnis für die Arbeits- und Denkweise des Gegenübers von entscheidender Bedeutung. Denn nur so kann die Politik ihren Forschungsbedarf in der Art und Weise kommunizieren, sodass auch das Richtige erforscht wird. Im gleichen Schritt muss auch die Wissenschaft die Politik verstehen, denn praxisferne Theoriemodelle bringen die Politik nicht weiter.

Zu beachten ist, dass nicht jedes Thema auf gleiche Weise erkannt wird oder den gleichen Forschungsweg geht. Manche Themen werden intern erkannt, andere extern durch Kammern, Verbände oder Lobbyisten herangetragen, dritte entstehen aus Forschungsergebnissen als neue Fragen. Bei der Bearbeitung kommt es stark auf den Handlungsdruck und politische Umsetzbarkeit an. Je größer der Handlungsdruck, desto schneller wird gehandelt. So bleibt unter Umständen keine Zeit für externe Berater und lange Expertisen. Während der Finanzkrise 2009 – 2011 musste beispielsweise schnell gehandelt werden, sodass es keine Zeit für Forschungsaufträge gegeben hätte.

(Quellen: *Regierungsnaher Vertreter aus der Politik, Kammer auf regionaler Ebene*)

Fazit

Der Wirkungskettenmechanismus ist in der Praxis sehr vielschichtig. Es gibt nicht den einen Weg, vielmehr ist es Themen- und Situationsabhängig von wem und wie intensiv ein Thema beraten wird. Dabei ist Zeitdruck und der daraus resultierende politische Handlungsdruck ein entscheidender Moderator des Politikberatungsprozesses. Je dringender eine Thematik ist, desto weniger Raum bleibt für wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Beratung. Eine

wissenschaftliche Beratung spielt vor allem bei längerfristigen Themen eine wichtige Rolle. Im Hinblick auf die Berater sind Unterschiede bezüglich der Wissenschaftlichkeit der Beratung erkennbar. Wirtschaftswissenschaftlich erweisen sich vor allem die unabhängigen Forschungsinstitute, welche Gutachten auf Grundlage wissenschaftlicher Standards erstellen. Kammern, Verbände und Lobbyisten sind zwar auch wichtige Beratungsakteure, folgen inhaltlich aber eher den Interessen ihrer Auftraggeber als wissenschaftlichen Standards. Spricht man also von „Wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung“, so muss man vorwiegend Forschungsinstitute betrachten. Jedoch können andere Beratungsgruppen nicht außen vor gelassen werden, da diese maßgeblich für die Kommunikation zwischen Politik und Wirtschaft sind und damit auch entscheidend für die Themenfindung und Auftragsentstehung.

Literaturverzeichnis

- Adolf-Arndt-Kreis (2010): Staat in der Krise – Krise des Staates?: Die Wiederentdeckung des Staates, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Althaus, Marco; Meier, Dominik (2004): Politikberatung: Praxis und Grenzen, Münster: Lit Verlag.
- Andersen, Uwe; Woyke, Wichard (2013): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 7. vollst. aktualisierte Aufl., Wiesbaden: Springer.
- Beckerath, Erwin von; Giersch, Herbert; Lampert, Heinz (1963): Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; Arbeitstagung des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Berlin: Duncker & Humblot (Verhandlungen auf der 2. Arbeitstagung des Vereins für Socialpolitik in Bad Homburg, 2.-5.4.1962, N.F., 29).
- Brown, Mark; Lentsch, Justus; Weingart, Peter (2006): Politikberatung und Parlament, Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Cassel, Susanne (2004): Politikberatung und Politikerberatung. Eine institutionenökonomische Analyse wissenschaftlicher Beratung der Wirtschaftspolitik, 2. Aufl., Bern-Stuttgart-Wien: Paul Haupt Verlag.
- Dagger, Steffen; Greiner, Christoph; Leinert, Kirsten; Meliß, Nadine; Menzel, Anne (2004): Politikberatung in Deutschland. Praxis und Perspektiven, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dahme, Heinz-Jürgen; Wohlfahrt, Norbert (2010): Systemanalyse als politische Reformstrategie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Degepol 2010: Was ist Politikberatung? Berater, Auftraggeber, Tätigkeiten und die Degepol als Berufsverband, verfügbar unter: http://www.degepol.de/grundlagendokumente/downloads/was_ist_politikberatung/was_ist_politikberatung.pdf, Abruf am 20.01.2014.
- Deutscher Bundestag: Die Unterabteilung Wissenschaftliche Dienste (WD). In: http://www.bundestag.de/bundestag/verwaltung/ua_wd/ vom 13.01.2014.
- Eichhorst, Werner.; Wintermann, Ole (2006): Wie kann wissenschaftliche Politikberatung zu besserer Politik beitragen?: Arbeitsreform und demographischer Wandel. Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jahrgang 86, Auflage 4, S.140-235.
- Falk, Svenja; Römmele, Andrea (2009): Der Markt für Politikberatung, 1. Aufl. s.l: VS Verlag für Sozialwissenschaften (GWV). Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=748456>.

- Fraenkel, Ernst (1968): Deutschland und die westlichen Demokratien. Stuttgart-Berlin: Kohlhammer.
- Gabler Wirtschaftslexikon: Stiftung: In: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/1175/stiftung-v11.html> vom 15.01.2014.
- Habermas, Jürgen (1963): Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft. [S.l.].
- Hennen, Leonhard; Petermann, Thomas; Scherz, Constanze (2004): Partizipative Verfahren der Technikfolgen-Abschätzung und Parlamentarische Politikberatung. Neue Formen der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. TAB Arbeitsbericht 96. Berlin: Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag.
- KfW Bankengruppe, Konzernkommunikation (2005): Mittelstandsmonitor. Den Aufschwung schaffen – Binnenkonjunktur und Wettbewerbsfähigkeit stärken. Kurzfassung des jährlichen Berichts zu Konjunktur- und Strukturfragen kleiner und mittlerer Unternehmen, verfügbar unter: <https://www.kfw.de/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-MittelstandsMonitor/MittelstandsMonitor-2005-kurz.pdf>, Abruf am 20.01.2014
- Leif, Thomas. (2006): Handbuch Regierungs-PR: Vielseitige Dimensionen politischer Kommunikation, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Leif, Thomas; Speth, Rudolf (2003): Die stille Macht. Der Lobbyismus in Deutschland: Lobby-Kampagnen- Zur Kolonisierung der Öffentlichkeit, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Leschke, Martin; Pies, Ingo (2005): Wissenschaftliche Politikberatung. Theorien, Konzepte, Institutionen, Stuttgart, Lucius & Lucius Verlags-GmbH.
- Lompe, Klaus (1972): Wissenschaftliche Beratung der Politik. Ein Beitrag zur Theorie anwendender Sozialwissenschaften, 2. Aufl., Göttingen: Schwartz (Wissenschaft und Gesellschaft, 2).
- Lompe, Klaus (2006): Traditionelle Modelle der Politikberatung. In: Falk, Svenja; Rehfeld, Dieter; Römmele, Andea; Thunert, Martin (Hrsg.): Handbuch Politikberatung: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 25-34. Online verfügbar unter http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90052-0_3.
- Mause, Karsten; Heine, Klaus (2003): Literaturbericht: Ökonomische Analysen wissenschaftlicher Politikberatung. In: Politische Vierteljahresschrift 44, S. 395-410.
- Mertes, Michael. (2006): Führen, Koordinieren, Strippen ziehen. Das Kanzleramt als des Kanzlers Amt. In: Korte, Karl-Rudolf; Hirscher, Gerhard (Hrsg.): Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien, München: Hanns-Seidel-Stiftung. S. 62-84.
- Rebe, Bernd (1991): Nutzen und Wahrheit. Triebkräfte der Wissenschaftsentwicklung und Grundorientierungen einer verantwortbaren Wissenschaftspolitik; [überarb. und

um Schriftumsnachweise erg. Fassung d. Vorträge, d. im Kardinal-von-Galen-Haus auf d. 6. Cloppenburg Wirtschaftsgesprächen im April 1990 gehalten worden sind], Hildesheim: Olms (Cloppenburg Wirtschaftsgespräche, 6).

- Schelsky, Helmut (1965): Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, 1. Aufl., Düsseldorf: Diederichs.
- Schliesky, Utz (2007): Souveränität und Legitimität von Herrschaftsgewalt. Die Weiterentwicklung von Begriffen der Staatslehre und des Staatsrechts im europäischen Mehrebenensystem, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schuster, Christian, H. (2005): Politikberatungsagenturen in Deutschland, Berlin-München: Fachverlag für Politische Kommunikation.
- Siefken, Sven (2003): Expertengremien der Bundesregierung: Fakten, Fiktionen, Forschungsbedarf. Zeitschrift für Parlamentsfragen, 34 Jahrgang, Heft 3, 483-504.
- Steiner, Adrian (2009): System Beratung. Politikberater zwischen Anspruch und Realität, Bielefeld: Transcript Verlag.
- Weingart, Peter (2001): Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, 1. Aufl., Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Wissenschaftsrat (WR): Aufgaben des Wissenschaftsrats. In: <http://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns/aufgaben.html> vom 14.01.2014.
- § 1-3 GBSVR.